

Zeitschrift: Der Friede : Monatsschrift für Friedens- und Schiedsgerichtsbewegung

Herausgeber: Schweizerische Friedensgesellschaft

Band: - (1914)

Heft: 12

Artikel: Dr K. Liebknecht und der deutsche Reichstag

Autor: [s.n.]

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-801813>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 17.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

uns zeigen, dass Töten und Verletzen, dass der Krieg des Menschen gegen den Menschen nicht unserer Bestimmung, nicht unserem wahren Wesen entspricht, sondern dass wir im Grunde alle eben doch und ohne Phrase Brüder sind und uns trotz allen künstlichen Gegenströmungen als Brüder fühlen, dass dann urplötzlich das andere göttliche Gebot in uns erwacht und sich entfalten will: Liebet, helfet, dienet einander, denn ihr seid alle Kinder eines Vaters.

* * *

Ja, einander helfen, das möchten wir im Grunde alle. Sonst hat das Leben für uns keinen Sinn, keinen Wert.

Und auch dieses ungestüme Verlangen in der menschlichen Seele, es wirkt sich aus mitten in all dem Grauenhaften. Wir möchten ihnen helfen, den von der Not und dem Elend des Krieges Betroffenen, nicht den Angehörigen einer bestimmten Nation, sondern den leidenden Brüdern und Schwestern. So ist es zu verstehen, wenn die Schweiz sich um den Austausch der Zivilinternierten bemühte, so, wenn das internationale Rote Kreuz in Genf eine Agentur für Kriegsgefangene errichtete, so, wenn einzelne Aerzte und Pfleger und Pflegerinnen sich zu den kriegsführenden Heeren begaben, so, wenn Holländer und Schweizer sich gedrungen fühlen, den Belgiern helfend zur Seite zu stehen.

Und dann gibt es auch noch andere, die in den Krieg ziehen, nicht im Namen des Hasses und des Kriegsgottes, sondern im Namen der Liebe und jenes Gottes, der die Liebe selbst ist. Das sind die Aerzte, sind die Schwestern und die Sanitätssoldaten. Auch sie stehen im Banne des Kreuzes — aber nicht des „eisernen“. Auch sie sind Streiter, aber nicht Streiter des Kriegsgottes, sondern Streiter Christi. Auch sie führen Waffen, aber das sind nicht Bajonette und Kanonen, sondern Mitleid und Erbarmen. Auch sie kämpfen für ein Reich, aber nicht für ein Reich dieser Welt, die allesamt vergänglich sind, sondern für das Reich des Guten. Sie bekämpfen das Böse nicht mit dem Bösen, denn dadurch wird seine Macht nur verdoppelt, sie bekämpfen das Böse mit dem Guten, in der Gewissheit, dass dieses nur so überwunden werden kann.

Geistes gelähmt habe, so dass der Sinn für die grossen sozialen Aufgaben des Reiches verloren ging. An diesem Uebel sind die alten Weltreiche zugrunde gegangen; dieses Uebel allein ist auch die Gefahr, die den modernen Staaten droht. Und wir wollen ja gar nicht behaupten, dass der Krieg keine geschichtliche Berechtigung gehabt habe. Allein Geschichte ist doch Fortschritt, und wir leben doch in einer ganz anderen Zeit, mit gesteigerten sittlichen Grundsätzen und erhöhten wirtschaftlichen Bedürfnissen. Wir leben doch nicht mehr in der Zeit des Kabinettsstaates, wir leben doch in der Zeit der Nationen, in der Zeit der Selbstbestimmung der Völker. Geschichte ist Fortschritt, und unser zwanzigstes Jahrhundert gehört in erster Linie dem Fortschritt auf politischem und völkersittlichem Gebiete. Das und nichts anderes lehrt uns die Geschichte im Hinblick auf die moderne nationale Politik.

Ein anderer Einwand ist der, die Friedenspolitik zerstöre das nationale Bewusstsein. Das ist ein krasser Unsinn. Der Staat vergibt sich nicht in seiner Friedenspolitik. Sie ist ja nicht eine Politik des Nachgebens, sondern im Gegenteil eine Politik der Expansion, der Ausdehnung der Daseinsmöglichkeiten des Staates. Nur soll diese Ausdehnungspolitik

Und wenn wir an all diese Tapfern denken, die mitten im Schlachtengetümmel dem Guten dienen, die weder Freund noch Feind kennen, sondern nur den armseligen und hilfsbedürftigen Bruder, dann werden wir inne, dass wir da Gott zu suchen haben.

* * *

Das Weihnachtsfest ist das Fest des Eintritts Gottes in der Welt. Gott ist ein verborgener Gott, und er will, dass man ihn suche. Aber ich glaube, wir finden ihn auch in all dem Schrecklichen, wir müssen ihn bloss finden wollen. Wie und wo wir ihn finden können, habe ich zu zeigen versucht. Darum freuet euch! Gott ist da, mitten unter uns walzt das Gute, das Göttliche, und das ist Weihnachtsfreude.

K. W. Sch.

—o—

Dr. K. Liebknecht und der deutsche Reichstag.

Einen heroischen Mut der Ueberzeugung hat der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Dr. K. Liebknecht an den Tag gelegt, indem er als einziger gegenüber dem ganzen Hause dem neuen Kriegskredit von 5 Milliarden seine Stimme versagte. Aus nachfolgendem Briefe, den er zur Begründung seiner Stellungnahme dem Präsidenten übergab, der aber nicht zur Verlesung kam, ist ersichtlich, dass Liebknecht aus tiefer Erkenntnis der Sachlage zu seiner Haltung gezwungen war. Es wäre nur zu wünschen, dass nicht nur das deutsche Volk, sondern auch die grosse Menge von Angehörigen anderer Nationen sich von der unseligen Massenpsychose, die sie in stumpfsinniger Urteilslosigkeit befangen hält, befreien könnten. Es gehört ein ungewöhnlich starker Geist dazu, sich in solchen Zeiten zu erheben über die Befangenheit einer ganzen Nation. Der Brief lautet:

„Meine Abstimmung zur heutigen Vorlage begründe ich wie folgt:

Dieser Krieg, den keines der beteiligten Völker selbst gewollt hat, ist nicht für die Wohlfahrt des deutschen oder eines andern Volkes entbrannt. Es handelt sich um einen imperialistischen Krieg, einen Krieg um die kapitalistische Beherrschung des Weltmarktes, um die politische Beherrschung wichtiger

mit Sinn und Verstand geführt werden, und dazu gehört, dass man den Zerstörungsweg vermeidet.

Um seiner Selbsterhaltung willen tritt der Staat zu anderen Staaten in Beziehung. Das nennt man die Berührungspolitik. Von ihr verlangen wir, dass sie im Sinne des Völkerfriedens geführt werde, denn das ist eines modernen Kulturstaates würdig. Der Staat anerkenne und berücksichtige die Bedürfnisse und Verdienste des anderen Staates, ohne von dem etwas zu vergeben, was ihm nach Natur und Geschichte zusteht.

Wir haben gesehen, wie das Ideal des Völkerfriedens im Leben des Staates steht und wie es darin tätig ist. Es steht nicht um seiner selbst willen da und wirkt nicht um seiner selbst willen, sondern es führt das Volk zu nationalem Wohle. Und wohl dem Staate, dessen Führer dem Zeitgeist Herz und Sinn nicht verschlossen halten. Denn wo die Sonne des Friedens scheint, da blüht Leben, da ist das Glück. Und es wird der Staatsweisheit höchstes Moment immer sein, in aller Politik die Menschlichkeit zu wahren; denn über dem Tun der Nationen stehen wie ein unabänderliches sittliches Gesetz die Worte: «Gerechtigkeit erhöhet ein Volk!»

—o—

Siedlungsgebiete für das Industrie- und Bankkapital. Es handelt sich vom Gesichtspunkte des Wettrüstens um einen von der deutschen und österreichischen Kriegspartei gemeinsam im Dunkel des Halbabsolutismus und der Geheimdiplomatie hervorgerufenen Präventivkrieg. Es handelt sich auch um ein bonapartistisches Unternehmen zur Demoralisierung und Zerstörung der anschwellenden Arbeiterbewegung. Das haben die verflossenen Monate trotz einer rücksichtslosen Verwirrungsregie mit steigender Deutlichkeit gelehrt.

Die deutsche Parole „Gegen den Zarismus“ diente — ähnlich der jetzigen englischen und französischen Parole „Gegen den Militarismus“ — dem Zweck, die edelsten Instinkte, die revolutionären Ueberlieferungen und Hoffnungen des Volkes für den Völkerhass zu mobilisieren. Deutschland, der Mitschuldige des Zarismus, das Muster politischer Rückständigkeit bis zum heutigen Tage, hat keinen Beruf zum Völkerbefreier. Die Befreiung des russischen wie des deutschen Volkes muss deren eigenes Werk sein.

Der Krieg ist kein deutscher Verteidigungskrieg. Sein geschichtlicher Charakter und bisheriger Verlauf verbieten, einer kapitalistischen Regierung zu vertrauen, dass der Zweck, für den sie die Kredite fordert, die Verteidigung des Vaterlandes ist.

Ein schleuniger, für keinen Teil demütigender Friede, ein Friede ohne Eroberungen, ist zu fordern; alle Bemühungen dafür sind zu begrüssen. Nur die gleichzeitige dauernde Stärkung der auf einen solchen Frieden gerichteten Strömungen in allen kriegsführenden Staaten kann dem blutigen Gemetzel vor der völligen Erschöpfung aller beteiligten Völker Einhalt gebieten. Nur ein auf dem Boden der internationalen Solidarität der Arbeiterklasse und der Freiheit aller Völker erwachsener Friede kann ein gesicherter sein. So gilt es für das Proletariat aller Länder, auch heute im Kriege gemeinsame sozialistische Arbeit für den Frieden zu leisten.

Die Notstandskredite bewillige ich in der verlangten Höhe, die mir bei weitem nicht genügt. Nicht minder stimme ich allem zu, was das harte Los unserer Brüder im Felde, der Verwundeten und Kranken, denen mein unbegrenztes Mitleid gehört, irgend lindern kann; auch hier geht mir keine Forderung weit genug. Unter Protest jedoch gegen den Krieg, seine Verantwortlichen und Regisseure, gegen die kapitalistische Politik, die ihn heraufbeschwor, gegen die kapitalistischen Ziele, die er verfolgt, gegen die Annexionspläne, gegen den Bruch der belgischen und luxemburgischen Neutralität, gegen die Militärdiktatur, gegen die soziale und politische Pflichtvergessenheit, deren sich die Regierung und die herrschenden Klassen auch heute noch schuldig machen, lehne ich die geforderten Kriegskredite ab.

Berlin, den 2. Dezember 1914.

gez. Karl Liebknecht.

— o —

Verschiedenes.

Krieg und Evangelium. Eine von siebzig Männern und Frauen der deutschen und französischen Schweiz besuchte Versammlung religiös-sozialer Gesinnungsgenossen in Bern erlässt folgende Erklärung:

Wir, Männer und Frauen aus den verschiedensten Kantonen, Kirchen und Parteien der Schweiz, fühlen uns gegenüber der Mahnung, dass wir als Christen zu dem gegenwärtigen Weltkrieg blass zu schweigen und ihn als ein Gericht über uns ergehen zu lassen hätten, auf Grund des Evangeliums zu einem öffentlichen Zeugnis verpflichtet. Trotz allen heldenmüti- gen Erscheinungen und heilsamen Wirkungen des Krieges lassen wir uns darin nicht beirren, dass die Gesinnung, die den Krieg hervorbringt und die er fördert, dem Geiste des Evangeliums widerstreitet, und darum verabscheuen wir den Krieg bei aller herzlichen Teilnahme mit den in ihn Hineingerissenen und von ihm schwer Betroffenen.

Wir hoffen und bitten zu Gott, dass am kommenden Weihnachtstage in den Kirchen unseres Landes das Zeugnis von der *Unvereinbarkeit zwischen dem Weihnachtsevangelium und dem Völkerkrieg* deutlich und kräftig erschalle und recht vielen Christen die Augen und die Gewissen dafür geschärft werden, dass wir als Christen alles tun und unterstützen sollen, was zur Annäherung und Verständigung der entzweiten Völker beitragen und die dem Kriegsgeist verfallene Menschheit dem Geiste des Evangeliums zuführen hilft.

Wohin treiben wir? In der März-Nummer dieses Jahrgangs (auf Seite 18) steht ein mit diesem Stichwort überschriebener Artikel. Wir waren selbst beim zufälligen Durchlesen desselben von seinem Inhalte überrascht. Wir empfehlen eine Durchsicht desselben allen unsrern Lesern, besonders auch denjenigen, die unsere Stellungnahme zum gegenwärtigen Kriege nicht verstanden haben.

— o —

Briefkasten der Redaktion.

An E. G. in L. Ihre Meinung, betreffend die angeblichen „Enthüllungen“ von seiten Deutschlands über Preisgabe der Neutralität durch Belgien vor dem Kriegsausbruch, ist ganz richtig. Es sind versuchte „Verhüllungen“ der verbrecherischen Neutralitätsverletzung durch Deutschland, Soviel wissen die deutschen Staatsrechtsherrn auch, und diese Versuche können geradezu als dilettantisch bezeichnet werden. Der verstorbene Professor des Bundesstaatsrechts und Völkerrechts an der Universität Bern, *Karl Hilti*, schrieb im Jahre 1889 eine Schrift „Die Neutralität der Schweiz in ihrer heutigen Auffassung“. In dieser heisst es auf Seite 18: „Ueber Belgien bestehen auch noch Verträge mit England vom 9. und 11. August 1870, wonach sich England verpflichtet, «de maintenir l'indépendance et la neutralité de la Belgique». Das hat schon beinahe den Charakter eines Protektorats.“ Diese kurze Notiz allein genügte, um Belgiens und Englands Haltung absolut zu rechtfertigen!

— o —

MÖBEL-FABRIK
Bolleter, Müller & C^o
Gegründet 1886 ZÜRICH 90 Arbeiter
Permanente Ausstellung
Sihlstr. 33, z. Glockenhof
Telephon 10574 (St. Anna)